



Mai 2019

Länderbericht

Länderbüro Griechenland



KONRAD
ADENAUER
STIFTUNG

Zwischen Unruhe und Euphorie: Neue Gasfunde im Lichte der Zypernfrage

Aktuelle Entwicklungen werfen ein Schlaglicht auf Südeuropas am längsten währenden Konflikt

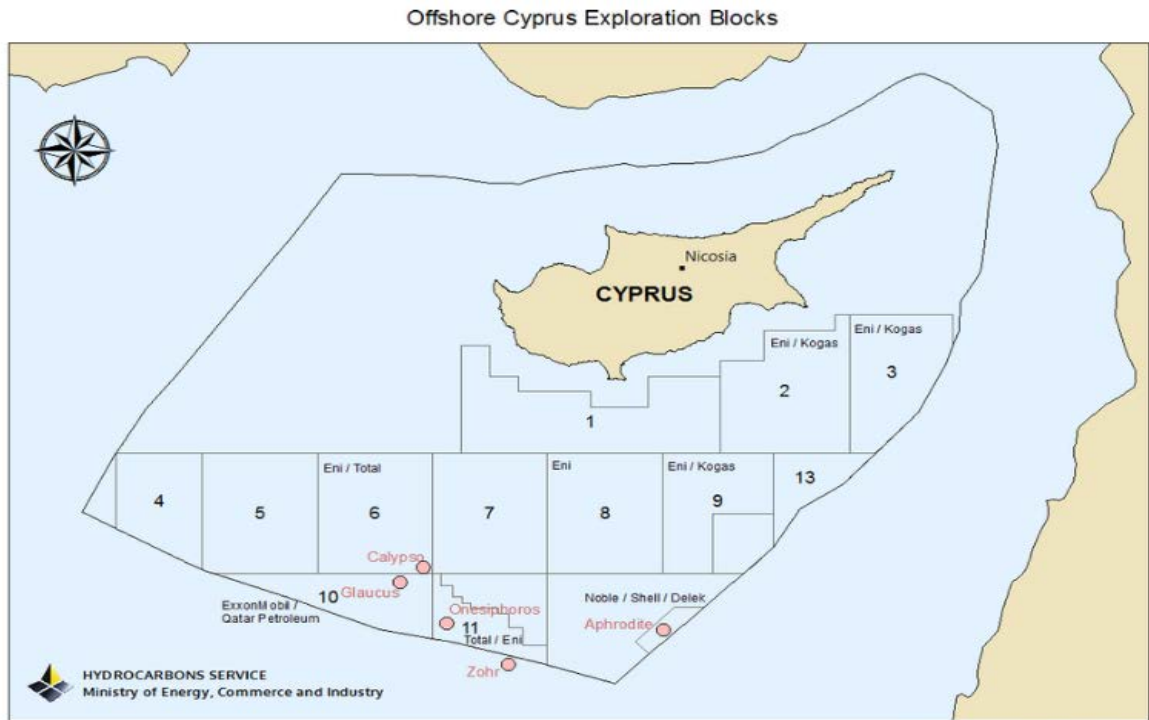
Henri Bohnet mit Jeroen Kohls

Vor der zyprischen Küste sind neue Erdgasvorkommen entdeckt worden, die in Nikosia Hoffnungen auf einen Wirtschaftsboom wecken. Ankara, das seit Jahrzehnten den Nordteil der Insel besetzt, will nicht außen vor bleiben und entsendet ein Forschungsschiff zwecks Probebohrungen in die Region. Die Politik ist in Aufruhr – und Brüssel alarmiert. Wieder ist die Zypernfrage Ursprung der Spannungen. Höchste Zeit, einen neuen Versuch für deren Lösung zu unternehmen.

Eine kommende Bonanza?

Schon länger weiß man von Gasvorkommen vor Zypern. Nikosia verspricht sich von den Funden neue Einnahmequellen, die gerade nach der Bankenkrise 2013 höchst willkommen wären und die Wirtschaft weiter ankurbeln könnten. Entsprechend euphorisch klingen die Verlautbarungen mancher Politiker, die ein goldenes Zeitalter aufziehen sehen. Denn diese Vorkommen sollen dann auch Bestandteil einer gesamteuropäischen Strategie zur Diversifizierung der Energieimporte und Minderung der Abhängigkeit von Russland werden.

Die italienische ENI und die amerikanische Exxon Mobil (zusammen mit Qatar Petroleum) haben sich Rechte in einzelnen Blöcken der ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) Zyperns gekauft und mit Probebohrungen begonnen. Erst im Februar hat Exxon Mobil die Ergebnisse seiner Bohrungen in Block 10 (Glaucus-Feld) bekannt gegeben: Geschätzte 5-8 Billionen Kubikfuß Gas soll es dort geben. Ähnlich groß wurde 2011 das Afrodite-Gasfeld im Block 12 (Afrodite) berechnet (siehe Abbildung).



February 2019

Projection: Mercator, Datum: WGS 1984

Bohrungen in der ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) der Republik Zypern, Quelle: Hydrocarbons Service, Republic of Cyprus, <http://www.mcit.gov.cy/mcit/hydrocarbon.nsf/>

Doch das ist keine Bonanza. Wenn man sich den Jahresbedarf der EU von derzeit 16,5 Billionen Kubikfuß vor Augen führt, reichen die bisher öffentlich gemachten Zahlen bei weitem nicht aus, um die Energieversorgung Europas nachhaltig nach Süden hin zu diversifizieren. Auch unter Einbeziehung der bekannten Funde in den benachbarten Feldern, dem israelischen Leviathan- (21,4 Billionen Kubikfuß) und dem ägyptischen Zohr-Feld (32 Billionen Kubikfuß), wäre die Nachfrage der EU nicht länger als drei bis vier Jahre gedeckt. Zum Vergleich: Russland verfügt über mindestens 1.235 Billionen Kubikfuß bekannte Reserven.

Ein trilateraler „Pipe(line) dream“?

Nichtsdestotrotz gibt es auch auf offizieller Ebene große Vorfreude und die Idee der östlichen Mittelmeer (EastMed)-Pipeline, die von den Regierungen in Zypern, Griechenland und Israel verfolgt wird: EastMed soll von der östliche Mittelmeerregion (möglicherweise unter Einbeziehung von Ägypten) erst nach Griechenland und dann über die Adria bis nach Italien führen. Sie würde die überschaubare existierende Infrastruktur (eine Pipeline vom Zohr-Feld nach Ägypten und eine noch in diesem Jahr abzuschließende vom Leviathan-Feld nach Israel; beide vorerst nur für den eigenen Verbrauch bestimmt) ergänzen. Doch bisher scheint sich das Projekt, dessen Vorkommen sich in über vier Kilometer Tiefe und zwei Kilometer unter dem Meeresboden befinden, nicht zu rechnen, da die notwendige Infrastruktur von Röhren und einer von Zypern geplanten Flüssiggas-Anlage noch einzukalkulieren sind. Griechische und zyprische Experten sind sich einig, dass für die wirtschaftliche Tragfähigkeit eines derartigen Projekts noch deutlich mehr Gas gefunden werden muss. Nüchtern betrachtet heißt das für die derzeitige zyprische Wirtschaftspolitik, dass kein Weg an der Weiterführung der im Zuge der Bankenkrise 2013 begonnenen Reformen vorbeiführt. Diese haben das Land seit seiner Bankenrettung auf einen beeindruckenden Wachstumspfad gebracht, den allerdings noch nicht alle als nachhaltig betrachten.

Positive und negative Nebenwirkungen

Die Träume von der EastMed-Pipeline haben aber bereits konkrete Resultate auf der diplomatischen Ebene geliefert: der trilaterale Dialog zwischen Nikosia, Athen und Jerusalem hat sich in den vergangenen Jahren deutlich intensiviert. Die Teilnahme des US-Außenministers Pompeo beim jüngsten Treffen in Jerusalem bezeugt außerdem die geostrategische Relevanz der Funde und das anhaltende Interesse Washingtons in der Region.

Darüber hinaus unterstreicht die Gründung des „Eastern Mediterranean Gas Forums“ Anfang des Jahres in Kairo, im Rahmen dessen Zypern, Griechenland, Ägypten, Jordanien und Israel sich in Sachen Gas austauschen wollen, dass Kooperation, nicht Konfrontation im Vordergrund stehen soll.

Doch ein wichtiger Player fehlt in der Runde: Deshalb wird mit Unruhe die konfrontative Rolle der Türkei wahrgenommen, die nun ihrerseits Probebohrungen in den Gewässern um Zypern vornehmen will, dessen Souveränität (und damit dessen AWZ) es nicht anerkennt. Doch die Kritik Zyperns, der USA und die Warnung der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini, dass „die EU auf jede illegale Tat, die die Rechte Zyperns verletzt, angemessen reagieren (wird)“, hat bisher in Ankara keine Wirkung gezeigt.

Die neuen Entwicklungen zeigen vielmehr erneut die Notwendigkeit, in absehbarer Zeit eine Einigung in der Zypernfrage herbeizuführen.

Sie waren auf gutem Weg: Crans Montana, 2017

Es gab drei Probleme, die bei den letzten UN-Verhandlungen im schweizerischen Crans Montana zur Zypernfrage nicht überwunden werden konnten: Erstens die unterschiedliche Auffassung zum Staatsaufbau eines vereinten Zyperns. Zweitens die Eigentumsfrage der griechisch- und türkisch-zyprischen Flüchtlinge nach der türkischen Invasion von 1974. Doch das dritte Problem wog damals in den Augen von Beobachtern am schwersten: Die Frage nach den Sicherheitsgarantien. Denn die Präsenz türkischer Besatzungstruppen auf dem Boden einer wiedervereinigten Insel wird von der griechisch-zyprischen Seite nicht akzeptiert. Andererseits will die Türkei ihre Truppen nicht ohne handfeste Garantien abziehen.

Auf welchem Weg sind sie jetzt: Das östliche Mittelmeer, 2019

Zwei Jahre später und unter neuen geostrategischen Bedingungen durch die erwähnten Gasfunde, die wirtschaftliche Schwäche der Türkei, den wachsenden Einfluss Chinas und Russlands und der veränderten Nahostpolitik Trumps, muss immer noch auf die Neuaufnahme von Verhandlungen gewartet werden. Erst Ende Februar kam es zum ersten Zusammentreffen zwischen Präsident Nikos Anastasiadis und „Nordzypers“ Präsident Mustafa Akinci seit dem Abbruch der Verhandlungen. UN-Generalsekretär António Guterres hat versichert, dass die Vereinten Nationen für neue Verhandlungen bereitstehen; auch die Trump-Administration hat sich dafür eingesetzt; EVP-Spitzenkandidat Manfred Weber hat kürzlich nach einem zweitägigen Besuch auf der Insel angekündigt, die Zypernfrage verstärkt auf die Tagesordnung der EU heben zu wollen, falls er Kommissionspräsident werden sollte. Worauf warten also die Politiker auf beiden Seiten der Insel?

Die Zeit rennt davon, denn immer weniger Zyprer können sich an ein gemeinsames Zusammenleben beider Volksgruppen erinnern oder das Positive an einer potentiellen Wiedervereinigung entdecken. Die neuesten Entwicklungen aber zeigen, dass die Politik nicht auf einen für die eine Seite günstigeren Moment hoffen kann – auch die neuen Gasfunde bringen diesen nicht herbei.

Der Zypernkonflikt

Die konfliktreiche Teilung Zyperns in einen griechisch-zyprischen und einen und türkisch-zyprischen Teil ist eines der großen ungelösten Probleme der Europäischen Union und hat historische Wurzeln: Zypern, für viele Großmächte schon immer geostrategisch interessant, wurde 1925 britische Kronkolonie. In dieser Zeit formierten sich zwei Unabhängigkeitsbewegungen: Während die griechische Volksgruppe (ca. 80% der damaligen Zyperer) auf einen Anschluss an Griechenland drängte, machte sich auch die türkische Minderheit für einen Unabhängigkeit von der Kolonialmacht, aber gleichzeitig für eine Zweiteilung der Insel, stark.

Bevor Zypern dann im Zuge der weltweiten Dekolonialisierung 1960 unabhängig wurde, hatten Zypern, Griechenland, die Türkei und das Vereinigte Königreich den Londoner Garantievertrag unterzeichnet. Darin wurden die grundlegenden Verfassungsbestimmungen festgelegt und die territoriale Unversehrtheit Zyperns garantiert. Die Durchsetzung dieser Verfassung war von Beginn an schwierig. Nach mehreren konstitutionellen Krisen und einem zunehmenden Ausbruch von Gewalt zwischen den Volksgruppen entsandte der UN-Sicherheitsrat 1964 eine Friedensmission (UNFICYP) auf die Insel.

Zehn Jahre später, 1974, versuchte das griechischen Militärregimes, den Anschluss Zyperns an Griechenland mit einem Staatsstreich durchzusetzen. Die türkische Armee marschierte daraufhin ein und besetzte circa ein Drittel der Staatsfläche im Norden der Insel. 1983 wurde dort ein unabhängiger Staat unter der Bezeichnung „Türkische Republik Nordzypern“ ausgerufen. Dieser wird jedoch bis heute nur von der Türkei international anerkannt. Die Republik Zypern hingegen wurde 2004 Mitglied der Europäischen Union.

Bis heute ist Zypern eine de facto geteilte Insel und die UN-Mission beaufsichtigt nach wie vor die eingerichtete Pufferzone, die sogenannte „Green Line“, zwischen den Gebieten.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Henri Bohnet
Leiterin Auslandsbüro Griechenland und Zypern
www.kas.de/griechenland

henri.bohnet@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)